

Wilsdruffer Tageblatt

Zersprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postcheckkonto Leipzig 28614

Versteht sich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 4.50 M., durch unsere Ausleger gegenbar in der Stadt monatlich 5 M., auf dem Lande 6.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 15.25 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Bestellungen sowie unsere Anzeigen und Reichweite nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Interaktionspreis 3 M. für die 6 gefaltete Anzeigenblätter oder deren Raum, Resten, die 2 gefaltete Anzeigenblätter 2.50 M. Bei Werbeauftrag und Jahresauftrag entsprechende Preisermäßigung. Bekanntmachungen im amtlichen Teil nur von Behörden die Zustellungsgeschichte 3 M. Zustellungsgebühr 50 Pf. Anzeigenannahme bis vornehmlich 10 Uhr. Für die Zustellung der durch Fernpost übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rückanspruch erfolgt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reippen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Fischunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Räßig, für den Inzeratenteil: Arthur Fischunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 194.

Sonnabend den 20. August 1921.

80. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die deutschen Parteien und Gewerkschaften in Oberschlesien erlassen einen Aufruf zur Annäherung der polnischen und deutschen Bevölkerung.
- Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund fordert Maßnahmen gegen die Leertung und eine Umkehrung der deutschen Volkswirtschaft.
- Der Völkerbundrat wird voraussichtlich gegen den 25. August zusammentreten.
- Durch Entscheidung der Interalliierten Verteilungskommission ist das Eigentum an der Technischen Hochschule der Freien Stadt Danzig uneingeschränkt zugesprochen worden.
- Briand hat auf die Rede Lloyd Georges in einer ausführlichen Erklärung geantwortet.
- Bei einem Eisenbahnunglück in Rußland wurden 68 Personen getötet.

Briand „schweigt“.

„Von heute ab ist Schweigen unsere erste Pflicht, und ich werde diese Pflicht nicht verletzen.“ Niemand anders als der französische Ministerpräsident Briand ist es gewesen, der, gewissermaßen als Programm für die weitere Führung der französischen Politik, diese etwas hochtönen- und theatralischen Worte gesprochen hat, die recht deutlich an den berühmten Ausspruch Gambettas erinnern, der nach dem Kriege von 1870/71 im Hinblick auf den damit für Frankreich verbundenen Verlust Elsas-Lothringens sagte: „Nie davon sprechen, immer daran denken!“ Warum ahmt Briand seinem großen Vorgänger aus der Zeit der französischen Niederlage nach? Führt auch er sich vielleicht bestigt? Glaubt er nicht mehr an einen Erfolg des französischen Standpunktes in der großen internationalen Streitfrage, zu der sich das obereschlesische Grenzproblem jetzt ausgewachsen hat? Das wäre wohl eine etwas voreilige Folgerung, und die Art, wie Briand seinen eigenen neuesten Wahlpruch in die Tat umsetzt, wie er dieses „Schweigen“ praktisch ausübt, läßt vielmehr den Schluß zu, daß der schlaue Diplomat mit dieser Nebenbemerkung nur eine neue Anklage auf die polnische Bühne schiebt, hinter der er ungestört neue Säden zu neuen Regnen anhäufen kann.

Zunächst hat Briand noch einmal eine große grundsätzliche Erklärung abgegeben, ehe er sich zum Schweigen verpflichtete. Die Rede seines im Augenblick erfolgreicheren englischen Kollegen Lloyd George mußte naturgemäß ihre Bestätigung in Paris finden. Briand hat auch das mit der Absicht des Befähigten, etwas von oben herab erledigt. Er verfiel dem Krampf des „zweiten Siegers“ hinter der Feste des über solche Dinge erhabenen großen Geistes, wenn er zur Einleitung so nebenbei bemerkte, er habe gar keine Meinung, die Streitigkeiten über den Oberschlesien Rat noch fortzusetzen, sie hätten ohnehin lange genug gedauert. Allerdings sei der ganze Streitfall dem Völkerbundrat zur Erzielung eines Gutachtens unterbreitet worden und diese Männer würden in ihrem Gewissen und in ihrem Gerechtigkeitsgefühl die Grundlage für eine Ansicht finden, die dem Wortlaut und dem Geiste des Friedensvertrages entsprechen könne. Trotz dieser angeblichen Unlust zu weiteren Auseinandersetzungen rechnete Briand dann noch einmal ganz eingehend mit seinem englischen Partner ab, verfeuerte sich noch einmal auf den Standpunkt, daß der Friedensvertrag grundsätzlich eine Teilung Oberschlesiens vorsehe und läßt schließlich den Kern der Meinungsverschiedenheiten dahin zusammen, daß die Engländer das Industriegebiet nicht für teilbar halten, während die Franzosen dieses Gebiet zerschneiden wollten.

Es ist Briandsche Fortschrittlichkeit, verbunden mit einem Saphirblick gegen und einer kleinen Bosheit gegen Lloyd George, der bekanntlich die Frage der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands sehr kritisch betrachtet, spricht dann aus den Worten: „Ich dürfte nicht zugeben, daß der Geist, in dem der Friedensvertrag niedergeschrieben worden ist, dahin führt, Deutschland, das von den Verbändnis-mächten feierlich als verantwortlich für den Krieg erklärt worden ist, eine ungeheure Mehrheit polnischer Stimmen zuzuwenden, während Polen nur eine kleine deutsche Minderheit erhalten soll, und alles das nur aus dem Grunde, weil Deutschland schon seit 40 Jahren gleich nach dem Kriege 1870/71 mit den Milliarden, die es Frankreich erpreßt hat, seine Industriegebiete aufgebaut hat, die in völliger Hinsicht durchaus polnisch sind.“ Dann noch ein kleiner Seitenblick auf die rühmlich bekannte Veredsamkeit Lloyd Georges, mit der der englische Premier die Einigkeit in der Entente neu befestigt habe und die Versicherung, daß die obereschlesische Frage nur eine vorübergehende Streitigkeit habe hervorgerufen können. Dann ist Briand zu Ende und nun will er schweigen.

Was verbirgt sich aber alles hinter diesem Schweigen? Man muß immer bedenken, daß die Völkerbund-sitzung vor der Tür steht. Der Vorsitzende des Völkerbundrates hat jetzt, wie bekannt, beschlossen, die ursprüngliche auf den 1. September festgesetzte Session des Völkerbundrates auf einige Tage früher zu verlegen. Der Rat soll in Genf gegen den 25. August zusammentreten. Auf der Tagesordnung wird in erster Linie die Klärung der obereschlesischen Frage stehen. Nun ist die augenblicklich wichtigste Frage, wie diese Versammlung ihre Beschlüsse fassen wird. Darüber bestehen sehr be-

merkenswerte Meinungsverschiedenheiten. Während nach italienischer Auffassung der Oberste Rat den Schiedspruch von Genf auch dann annehmen wird, wenn er nicht mit Einstimmigkeit, sondern durch Mehrheitsbeschluß zustande kommt, stellt sich Frankreich auf den entgegengegesetzten Standpunkt. Briand, der Schwiegende, hat zwar selbst nichts dazu gesagt, wohl aber läßt er durch den „Tempo“ die Forderung aufstellen, daß der Völkerbund seinen Beschluß mit Einstimmigkeit fassen müsse. Dadurch kann natürlich, wie feinerseitig im polnischen Reichstag verflochtenen Jahrhunderte, unter Umständen überhaupt jede Beschlußfassung zu einer Unmöglichkeit gemacht werden. Man erkennt also ganz deutlich, was es mit dem Programm des „Schweigens“ auf sich hat. Briand hat ebenso wie Lloyd George am Schluß der Pariser Konferenz die Versicherung abgegeben, daß die französische Regierung sich dem Spruche des Völkerbundrates vorbehaltlos fügen werde. Dieses Versprechen ist Briand nun so sehr und um so schneller wieder leid geworden, als er aus der Stellungnahme Englands und fast aller anderen in Frage kommenden Staaten erkannte, daß der französisch-polnische Plan in Genf noch weniger Aussicht auf Verwirklichung habe als in Paris. Es scheint, als ob Frankreich und Polen inzwischen im stillen beschlossen haben, den Spruch des Völkerbundes nur dann anzuerkennen, wenn er den französisch-polnischen Wünschen entspricht. Damit aber würde eine neue Krise nicht nur im Oberschlesien, sondern auch im Völkerbund heraufbeschworen werden, und, was das Schlimmste ist, das obereschlesische Problem würde dann wieder auf den Punkt zurückgeworfen sein, auf dem es im Beginne der Pariser Konferenz stand. Das aber ist das Ziel, welches Frankreich und Polen anstreben. Mit seinen Reden in Paris hat es Briand nicht erreichen können, nun versucht er es auf dem Umwege über ein diplomatisches „Schweigen“, das wie ein im stillen wirkendes Gift vielleicht gefährlicher wirken kann als das laute Getöse der soeben verflochtenen Redeschächten.

Der Friede mit Amerika.

Die Grundzüge des Vertrages.

In den Verhandlungen zwischen dem amerikanischen Kommissar Drexel in Berlin und der deutschen Regierung sind die Grundzüge eines Vertrages zwischen Deutschland und Amerika festgelegt worden, jedoch bleibt noch eine Reihe von Einzelheiten zu erledigen. Auf Grund der bereits ausgearbeiteten Bedingungen referieren sich die Vereinigten Staaten alle Rechte und Vorteile, die ihnen aus dem Verfall der Verträge zufließen. Die wichtigste deutsche Konzession sei der Verzicht auf die Kabel von Jap und Emden-Keelport. Deutschland sei in der Lage:

1. die Rückgabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums oder das Recht, dieses Eigentum selbst zu verkaufen, 2. eine befriedigende Regelung des Schutzes der deutschen Patente, über die während des Krieges verfügt wurde, 3. die Wiederherstellung deutscher diplomatischer und konsularischer Beziehungen in Amerika, und 4. für die Deutschen, die Amerika besuchen wollen, die gleichen Rechte, die Deutschland seinerseits den Amerikanern gewährt.

Irlands Kampfanzeige.

„Will sich nicht zum Narren halten lassen.“ In der Sitzung des irischen Parlaments zu Dublin erklärte De Valera unter großer Erregung im Hause und lebhaftem Beifall: Wir können und wollen die englischen Bedingungen nicht annehmen. Das irische Volk will sich nicht noch einmal zum Narren halten lassen. Wir müssen die Herrschaft beenden, die das irische Volk bis in das Mark seiner Knochen hat. Mit aller Macht werden wir Widerstand leisten. Wenn wir der Gewalt weichen müssen, werden wir es mutig tun und nicht verlernen, unsere Kräfte zu schonen. Wir haben unser möglichstes getan, um mit der Bevölkerung von Nord-Irland in Verbindung zu kommen. Weil auch sie jetzt sind, sind wir bereit, hierfür Opfer zu bringen, die wir England nie bringen würden. Wir sind bereit, weitestgehende Forderungen von dieser Seite in Erwägung zu ziehen und ihnen entgegenzukommen, nur, um sie zu veranlassen, daß sich ihre Interessen ihrem eigenen Lande widmen und sich nicht mit den Fremden verbänden. Wir haben keine Feindschaft gegen England. Wenn diese Frage gelöst ist, bleibt nichts mehr, was uns zu trennen braucht.“

Die Stimme der Vernunft.

Deutsch-polnische Annäherung in Oberschlesien. Die endlosen Leiden, die Oberschlesien in den letzten anderthalb Jahren durchgemacht hat, und die das Land und das Volk dem Ruin immer näher bringen, haben jetzt die Rückwirkung gehabt, daß über die politischen Gegensätze zwischen Deutschen und Polen doch allmählich das gemeinsame Heimatgefühl die Verhandlung gewinnt. Man sieht jetzt auch auf polnischer Seite ein, daß es keinen Zweck hat, ein Land zu erobern, das man gleichzeitig entvölkert und in eine armselige Trümmerstätte verwandelt. So regt sich jetzt leise die Stimme der Vernunft, die bau-

drängt, die herrschenden Gegensätze im gemeinsamen Interesse irgendwie auszugleichen.

Auf Anregung der neu geschaffenen Vertretung der polnisch gestimmten Bevölkerung Oberschlesiens, des Obersten polnischen Volksrats, war beschlossen worden, eine gemeinsame Versammlung der Vertreter aller deutschen und polnischen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens einzuberufen. Diese Versammlung hat nun in Katowitz stattgefunden. Der Vorsitzende des deutschen Ausschusses für Oberschlesien, Dr. Lufschel, leitete die Versammlung, die innerhalb der Bevölkerung Oberschlesiens ein freundliches Verhältnis anbahnen wollte. Es wurde beschlossen, daß die berufenen Vertreter beider Nationalitäten getrennte Aufrufe an die obereschlesische Bevölkerung erlassen, die dem Sinne nach übereinstimmen und gleichzeitig in den deutschen und in den polnischen Zeitungen des Landes erscheinen werden.

Der deutsche Aufruf

der Gewerkschaften und Parteien enthält u. a. folgende bemerkenswerten Sätze:

„Wir erklären feierlich, daß wir gegen jede gewaltsame Lösung der obereschlesischen Frage sind. Die deutschen Parteien und Gewerkschaften wollen mit den polnischen Parteien und Gewerkschaften im Interesse der Wohlfahrt der Bewohner Oberschlesiens und im Interesse der Menschlichkeit die nationalen Gegensätze in friedlicher und gerechter Arbeit überbrücken. Wir wünschen das nationale Empfinden und die politischen und wirtschaftlichen Anschauungen eines jeden. Aus dieser Haltung heraus verurteilen wir vorbehaltlos jede Gewalttätigkeit gegen Andersdenkende, jede Verletzung des Lebens, der Gesundheit und des Eigentums. Wir wollen durch paritätische Ausschüsse dafür sorgen, daß jeder seiner Berufe nachgehen und seinen Wohnsitz nach Belieben nehmen kann. In der Zusammenarbeit aller friedlich und gerecht denkenden Menschen wollen wir durch Einwirkung auf unsere Mitbürger für Sicherheit und Ordnung sorgen. Der Geist der Brüderlichkeit soll auch nach der Entscheidung herrschen.“

Es wäre im Interesse des Friedens und der Wohlfahrt der schwer leidenden Provinz auf das wärmste zu wünschen, daß diese Annäherungsversuche von gutem Erfolg begleitet sein mögen. Die Möglichkeit, daß ein Teil des Abstammungsgebietes an Polen fallen kann, hat in Oberschlesien starke

Beunruhigung in der Industrie

herborgerufen. Verschiedene deutsche Stellen und Verwaltungen verlegen bereits ihren Sitz in das sicher zu Deutschland kommende Gebiet, so z. B. verlegen die groß-schiffbauischen Werke ihren Sitz von Weiden nach Gletwitz.

Das Deutschtum in Polen.

Zusammenschluß und Organisation.

Im polnischen Parlamentsgebäude zu Warschau fand eine Konferenz der Delegierten der deutschen Organisationen aller Teilkreise Polens statt, der 36 Delegierte beizuhören. Das Thema der Beratungen war die Organisation der Deutschen in Polen. Während der Verhandlungen einigte man sich, mit Zustimmung aller Deutschen in Polen, dahin, sich zwecks Verteidigung der Rechte, die verfassungsmäßig den Deutschen zugestanden worden sind, zu organisieren. Es wurde beschlossen, eine gemeinsame oberste Leitung unter der Bezeichnung „Hauptverband der deutschen Vereinigungen in Polen“ ins Leben zu rufen. Zu diesem Vorstand gehören die deutschen Sejmabgeordneten, sowie die Vertreter des Bundes der Deutschen in Polen und im ehemaligen russischen Teilgebiet und des Deutschtumbundes mit dem Sitz in Polen. Am 11. und 12. September wird wahrscheinlich in Lodz eine allgemeine Konferenz der Delegierten aller Staatsbürger Polens deutscher Nationalität stattfinden.

Die diplomatischen Beziehungen.

Herr v. Schön, der deutsche Gesandte in Polen, ist in Warschau eingetroffen. Poincaré hätte die Ernennung Madsjalski, des gegenwärtigen stellvertretenden Delegationsvorsitzenden bei den Danziger Verhandlungen, zum Gesandten in Berlin bald erfolgen.

Russenflüchtlinge in Polen.

Die Seuchengefahr.

Immer neue Nachrichten treffen von der polnischen Ostgrenze ein, die zum größten Teile von Grenzüber-schreitungen harter Flüchtlingsmassen aus dem hungernden Rußland zu melden wissen. Weder die Wiener, noch die sanktischen Maßnahmen genügen, um den notwendigen Grenzschutz aufrecht zu erhalten. Ausserdem nimmt eine epidemische Gefahr an. Aus dem Rußland sind Fälle asiatischer Cholera festgestellt, fordert die Lage von der Regierung energische Maßnahmen zur Schließung der Grenze. Diese Forderung wird durch den Hinweis unterstützt, daß mit den Flüchtlingen und Seuchen ungehindert auch boschwerliche Agenten ins Land dringen.

Es ist bezeichnend für die Furcht der letzteren, daß in einem Teil der Warschauer Presse die starke Erregung der